

10.9.2014, 12:11 Uhr

Krippen und Tagesschulen

Nationalrat verlängert Starthilfe

10.9.2014, 12:11 Uhr



Kinderkrippen sollen nach dem Willen des Nationalrats weiter auch vom Bund gefördert werden. (Bild: Keystone)

Der Nationalrat will eine Erfolgsgeschichte weiterschreiben: Er hat am Mittwoch beschlossen, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder für weitere vier Jahre finanziell zu unterstützen. Stimmt auch der Ständerat zu, stellt der Bund ab 2015 weitere 120 Millionen Franken zur Verfügung.

(sda) Das Programm läuft seit 2003, acht Jahre später wurde es ein erstes Mal verlängert und ist nun auf Ende Januar 2015 befristet. Bisher konnten mit gut 300 Millionen Franken rund 43'000 neue Plätze für die Kinderbetreuung geschaffen werden. Das Impulsprogramm des Bundes ist erwiesenermassen nachhaltig: Fast alle Angebote existieren nach Einstellung der Subventionszahlungen weiter.

Die Nachfrage nach Anschubfinanzierung ist jedoch weiterhin hoch. Die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti forderte darum per parlamentarischer Initiative, die Förderung über 2015 hinaus weiterzuführen. Die Bildungskommissionen beider Räte hiessen die Initiative gut.

Betreuungsplätze gegen Fachkräftemangel

Auch der Bundesrat, der eine Verlängerung zunächst abgelehnt hatte, unterstützt die Initiative. In einer Stellungnahme machte er einen Zusammenhang mit seiner Fachkräfteinitiative, aber auch mit der Masseneinwanderungsinitiative der SVP:

Dadurch könnte sich der Mangel an Fachkräften noch verschärfen, schreibt der Bundesrat. Darum müsse das einheimische Potenzial noch besser genutzt werden.

Gleichzeitig stellte der Bundesrat klar, dass die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen in erster Linie Sache von Kantonen und Gemeinden sei.

Der Nationalrat diskutierte am Mittwoch den Gesetzesentwurf, den seine Kommission gestützt auf die Initiative ausgearbeitet hat. Vorgesehen ist eine Verlängerung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung bis Januar 2019. Die SVP und ein Teil der FDP-Fraktion wollten darauf nicht eintreten.

Kita-Inhaberin fühlt sich bedroht

Laut Nadja Pieren (svp., Bern) gibt es heute genügend Kita-Plätze. Ein Überangebot bedrohe die bestehenden Einrichtungen, sagte die Inhaberin einer Kindertagesstätte, die nach eigenen Angaben selber von der Anschubfinanzierung profitiert hat. Wo es heute tatsächlich noch zusätzliche Plätze brauche, könnten diese ohne Bundeshilfe geschaffen werden. Auch SVP-Fraktionssprecher Jean-Pierre Grin (Waadt) war der Ansicht, dass der Bund in dem Bereich genug getan habe.

Die Mehrheit liess sich davon nicht überzeugen. Für sie zählte andere Argumente: Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei ein wichtiges Anliegen, sagte Quadranti im Namen der vorberatenden Kommission. Auch sie schlug den Bogen zur Abstimmung vom 9. Februar: «Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist es enorm wichtig, dass wir das Arbeitskräftepotenzial - gerade von Fachkräften - besser nutzen», sagte sie.

Der Nationalrat lehnte die Rückweisung mit 120 zu 65 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Auch an der Höhe des Kredits rüttelte er nicht mehr und lehnte eine Halbierung des Kredits auf 60 Millionen Franken für vier Jahre ab.

Förderung im bisherigen Umfang

Die übrigen Anträge einer rechtsbürgerlichen Minderheit fanden im Plenum ebenfalls keine Mehrheit. Diese hatte unter anderem verlangt, dass Subventionen nur in Regionen mit einem relevanten Bevölkerungswachstum fliessen sollen. Anschubfinanzierung sei dort gerechtfertigt, wo es neue Bedürfnisse gebe, sagte Hans-Peter Portmann (fdp., Zürich). Sein Antrag scheiterte aber mit 117 zu 66 Stimmen.

Die Mehrheit lehnte es auch ab, die Gelder für die Förderung von Projekten mit Innovationscharakter zu streichen. Es handelt sich um maximal 4,5 Millionen Franken pro Jahr. Christian Wasserfallen (fdp., Bern) wollte mit seinem Antrag erreichen, dass die Fördermittel ausschliesslich für die Schaffung von Betreuungsplätzen verwendet werden.

Der Antrag, die Finanzhilfen des Bundes auf einen Viertel statt wie bisher einen Drittel der Investitions- und Betriebskosten zu beschränken, scheiterte ebenfalls. Erfolglos hatte die Minderheit zudem beantragt, in Zukunft nur noch 3500 statt wie bisher 5000 Franken pro Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Der Nationalrat stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 119 zu 64 Stimmen zu. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Dieser will das Geschäft schon nächste Woche behandeln. Seine Kommission hat sich vorzeitig damit befasst und die Verlängerung der Anschubfinanzierung bereits gutgeheissen.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTESPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.